

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1917)
Heft: 4

Artikel: Botschaft an die Kaiserin von Österreich
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-326334>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauenbestrebungen

Organ der deutsch-schweizerischen Frauenbewegung

Herausgegeben von der

„Union für Frauenbestrebungen“

(„Zürch. Stimmrechtsverein“).

Druck und Expedition: Zürcher & Furrer, Zürich 1.

Redaktion: Fräulein K. Honegger, Tödi-Strasse 45, Zürich 2.

Die „Frauenbestrebungen“ erscheinen je am 1. des Monats und kosten jährlich Fr. 2.50 franko ins Haus. Bestellungen nimmt die Expedition ZÜRCHER & FURRER, Brunnengasse 2, ZÜRICH 1, entgegen, sowie jedes Postamt zum Preise von Fr. 2.70.

Inserate: die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Cts., Insertions-Aannahme durch die Annoncen-Expedition Keller & Co. in Luzern.

Inhaltsverzeichnis: An die Zürcher Frauen. — Bittschrift an die Kaiserin von Österreich. — Die Frauen und die Friedensvorschläge. — Wie die Frauen Californiens ihr Stimmrecht gebraucht haben. — Eingabe des Bernischen Vereins für Frauenstimmrecht an den Gemeinderat der Stadt Bern. — St. Gallisches Strafrecht. — Erziehung zum Frieden. — „Pfadfinderinnenabteilung Zürich.“ — Aus den Vereinen. — Bücherschau. — Kleine Mitteilungen. — Anzeigen.

An die Zürcher Frauen.

Es hat wohl kaum je ein Problem so sehr alle Schichten unserer Bevölkerung gleichzeitig beschäftigt, wie es heute das Sparproblem tut, und wenn wir uns dazu äussern, so geschieht es unter dem Druck der Verantwortung, die besonders auf uns Frauen liegt, dass richtig gespart werde. Wohl seufzen die Frauen unter den Schwierigkeiten der jetzigen Lage, aber sie sind sich der enormen Verantwortung, die sie alle mit und für einander haben, noch lange nicht genug bewusst, und es muss daher immer wieder darauf hingewiesen werden, wie viel vom wirklich sozialen Denken und Sparen der Frauen für unser ganzes Volk abhängt.

Nicht durch Kritik der Massnahmen unserer Behörden oder des lieben Nächsten, dessen Sparsystem uns vielleicht nicht richtig scheint, sondern durch harte Selbstkritik und grösste Treue auch im Kleinen kommen wir dazu, der Allgemeinheit zu dienen. Jeder denke nicht nur an sich, sondern in erster Linie an das ganze Volk und seine Bedürfnisse und Nöte. Nicht für uns, sondern für die Allgemeinheit wollen wir sparen; nicht um unsere Speisekammern nicht leer werden zu lassen, sondern um allen die nötigsten Lebensmittel zu erhalten; nicht um dem teuren Gastarif zu entgehen, sondern um die kohlenfressende Gasproduktion zu verringern; nicht um dem Verkehr das Geld zu entziehen und unsern Beutel zu füllen, sondern um den Verbrauch der Allen notwendigen Gebrauchsartikel einzuschränken. Auch soll der Begüterte nicht an den Dingen sparen, die der Minderbegüterte sich so wie so nicht anschaffen kann, sondern er soll diesen den Vorzug geben vor jenen, die zum unbedingt notwendigen Bedarf des finanziell schlechter Gestellten gehören. Lasst uns aber andererseits auch freudig verzichten auf manche Annehmlichkeit, auf manchen Genuss und unsern ganzen Frauenstolz darein setzen, durch genaueste Befolgung der Erlasse unserer Behörden mitzuhelfen an der Lösung der schweren Aufgaben, die denselben aus den momentanen wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen.

Die Massnahmen unserer Behörden bedingen, wenn sie von Erfolg begleitet sein sollen, ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl aller Schichten unserer Bevölkerung, und gerade das ist es, was uns so oft fehlt. Wäre etwas mehr von diesem Gemeinsinn in unserm Volk vorhanden, so hätten wir die bedauerlichen Hamstereien nicht erlebt, so wären dem Lebensmittelwucher von selbst die Riegel gestossen worden. Noch kann manches erreicht werden, noch kann die Not eingedämmt werden, aber nur, wenn jede Einzelne von uns, in welchen Verhältnissen sie auch leben mag, das Sparen als eine heilige Pflicht ansieht und in der Erfüllung dieser Pflicht das Wohl des Ganzen nie aus dem Auge lässt.

So sind auch wir Frauen zum Dienst fürs Vaterland aufgerufen, möchte keine auf ihrem Posten fehlen!

Der Vorstand der Zürcher Frauenzentrale.

Bittschrift an die Kaiserin von Österreich.

Da die Interessengegensätze zwischen Österreich und Serbien wenigstens den äusseren Anlass zur Entfesselung des Weltkrieges gaben, ist es leicht zu verstehen, in welcher schweren Lage die Serben als Untertanen in österreichischen Landen, ganz besonders die serbischen Bewohner in Bosnien und Herzegowina, sich befinden. Selbst diejenigen, deren politische Aspirationen nicht mit den Zielen ihrer Stammesgenossen übereinstimmen, sind durch mannigfaltige verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen mit dem „Feindesland“ verknüpft und konnten daher wohl nur mit geteilten Gefühlen die Eroberung dieses Landes verfolgen. Wie viel grösser jedoch muss der Konflikt sein für die mit dem Stammlande durch ihre politischen Zukunftshoffnungen verbundenen serbischen Untertanen Österreichs! Aus diesen Konflikten einerseits und der alten Angst Österreichs vor serbophilen Umtrieben andererseits sind dann auch zahllose Landesverweisungen von Serben aus den annektierten Gebieten von Bosnien und Herzegowina und Verhaftungen, die die Zahl von 10000 schon übersteigen, hervorgegangen. In einem letzten Februar zu Ende geführten Hochverratsprozess sind überdies 157 führende Männer und Frauen, die den Kreisen der Intelligenz, der Politik, des Gelehrtenstandes angehören, zu zwei bis zwanzig Jahren schwerer Kerkerhaft und sechzehn zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

Hier konnte die Stimme der Aussenstehenden nicht mehr schweigen. Von allen Seiten erhoben sie sich mahnend und bittend gegen ein solches Urteil, das, in der Erregung gefällt, nur neue Erregung schaffen muss. In diesem Sinne haben sich denn auch eine Anzahl Frauen der deutschen Schweiz mit nachstehender Petition an die Kaiserin von Österreich gewendet. Es finden sich unter den Unterzeichneten Namen von Ärztinnen, Juristinnen, Redaktorinnen, Leiterinnen gemeinnütziger

und philanthropischer Anstalten, Vertreterinnen der Frauenbewegung, auch Gattinnen führender Politiker und Staatsmänner, sowie Damen des Hilfs- und Fürsorgedienstes bei den Verwundeten- und Evakuierten-zügen.

„Tiefbewegt durch die Berichte über die 157 Verurteilungen in dem Hochverratsprozess gegen die Südslaven in Bosnien und Herzegowina nehmen sich die unterzeichneten Schweizerfrauen die Freiheit, als Frauen zu Gunsten der Verurteilten an das Frauenherz Eurer Majestät zu appellieren.

Sie massen sich dabei kein Urteil an in Bezug auf die tatsächliche Strafwürdigkeit der Verurteilten; sie gehen nur aus von dem Gedanken, dass vielleicht in diesen Zeiten der Ausnahmezustände an die Handlungen oder Äusserungen von Menschen, die in ihrem tiefsten Empfinden aufgewühlt sind, nicht die gewöhnlichen Massstäbe angelegt werden dürften, dass diese Zeit allgemeiner Erregung auch geeignet ist, die Richter selbst in der Unbefangenheit ihres Urteils zu beeinträchtigen, und dass zugleich die Wirkungen solcher Verurteilungen auf die Bevölkerung ganz besonders tiefgreifend sind und leicht neue Erregungen schaffen.

Darum wenden sich die unterzeichneten Frauen an Eure Majestät mit der aus dem tiefsten Herzen kommenden Bitte, Eure Majestät möchte Ihren Einfluss dahin verwenden, dass zum mindesten die sechzehn Todesurteile in Freiheitsstrafen umgewandelt werden. So bliebe die Möglichkeit offen, dass eine spätere ruhigere Prüfung zu einer milderen Auffassung der Vergehen und dadurch zu einer Abänderung des Urteils führen könnte; denn wo Leben ist, ist Hoffnung.

Die Unterzeichneten sind sich bewusst, den Schein einer unbefugten Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes auf sich zu laden. Aber die furchtbare Katastrophe, die über die Menschheit hereingebrochen ist, hat gerade gezeigt, dass es eigentlich keine bloss inneren Angelegenheiten eines Landes gibt, sondern dass im Leben der Völker wie im Leben der Einzelnen jede Angelegenheit eine Menschheitsangelegenheit ist, weil Unrecht und Gewalt neues Unrecht und neue Gewalt erzeugen und Schuldige und Unschuldige in ihre Kreise einbeziehen, dagegen Grossherzigkeit und Güte auch wieder Taten der Grossherzigkeit und Güte auslösen.

In der festen Überzeugung, dass es die besondere Aufgabe der Frauen ist, in diesen Zeiten der Gewalt und Strenge die heilige Flamme der Liebe und Milde brennend zu erhalten, legen die Unterzeichneten Eurer Majestät ihr Gesuch nochmals ans Herz mit der Versicherung, dass diesem Gesuche keinerlei politische, sondern nur rein menschliche Erwägungen zu Grunde liegen.

Sie sind auch jederzeit bereit, für diese Ideale der Menschlichkeit und Güte anderen Völkern gegenüber einzustehen, wie es denn bis dahin auch das schöne Vorrecht der Schweiz gewesen ist, ihre bevorzugte Stellung während des ringsherum tobenden Krieges zur Heilung der Wunden und Milderung des Elendes zu benützen.“

Die Frauen und die Friedensvorschläge.

Wir haben schon in letzter Nummer kurz mitgeteilt, dass am 28. Januar in Wien eine grosse Frauenversammlung stattfand zu Gunsten des Friedens. Es liegen nun ausführlichere Berichte vor, denen wir Folgendes entnehmen:

Eine grössere Zahl von Frauenorganisationen hatten ihre Zustimmung zu der Kundgebung ausgesprochen. So sagte das österreichische Frauenstimmrechtscomité in einem längern Begrüssungsschreiben:

„Unbeschadet der Liebe zu unserem Vaterland empfinden wir es als heiliges Frauenrecht, unser höchstes Ideal, die Idee der friedlichen Völkerverständigung, gerade jetzt stets zu betonen. Jede Kundgebung, die dieser Idee geweiht ist, begrüßen

wir freudig in der felsenfesten Überzeugung, dass Millionen und Millionen von Frauen in allen Ländern der Welt sich in dem Wunsche nach Frieden vereinigen.“

Als erste Rednerin sprach Leopoldine Kulka. Sie betonte, dass die gleiche Friedenssehnsucht auch die Völker der feindlichen Länder durchdringe, und forderte auf, diesem Willen zum Frieden kräftigen Ausdruck zu geben. Mit ehrlicher Entzückung wandte sie sich an alle, die aus dem Kriege Gewinn ziehen und deshalb seine Fortsetzung wünschen. Zum Schlusse meinte sie, vielleicht sei auch die Stimme der Regierungen heute noch nicht stark genug, den Frieden herbeizuführen, da müsse eben die Stimme der Völker sich erheben und sich Gehör verschaffen.

Als zweite Rednerin sprach Rosika Schwitter über das Friedensangebot der Mittelmächte, in dem sie keineswegs ein Zeichen von Schwäche, sondern hoher moralischer Kraft erblickt. Ein Friedensangebot sei immer von Seite des Gegners der Missdeutung ausgesetzt, da gebe es eben nur ein Mittel, den Anschein zu verachten und am Friedenswillen festzuhalten. Gegen die Entstellungen und gegenseitigen Verdächtigungen sollten besonders die Frauen auftreten und auf das Einigende im Völkerverkehr hinweisen.

Beide Rednerinnen fanden warme Zustimmung und lauten Beifall.

Zum Schluss wurde folgende Resolution verlesen und von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die in der Versammlung des Allg. österr. Frauenvereines am 28. Jänner anwesenden Frauen und Männer geben ihrer tiefen Überzeugung Ausdruck, dass die grosse Mehrheit des Volkes in allen Ländern den Frieden will.

Sie richten darum die Forderung an die Regierung, sich durch keinerlei ablehnende Antwort noch durch kriegshetzerische Reden der feindlichen Machthaber sich davon abhalten zu lassen, ihre Friedensbemühungen fortzusetzen und ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben.

Sie richten an alle Frauen und Männer des eigenen Volkes und der verbündeten Staaten die Forderung, ihre Regierungen in ihrer Friedensbereitschaft zu unterstützen, begrüßen mit Freude die Friedenskundgebungen der organisierten Arbeiterschaft und fordern insbesondere das Bürgertum und seine Presse auf, auch ihrerseits ihren Friedenswillen unablässig zu bekräftigen, um nicht den Verdacht zu erwecken, als seien sie selbst Mitschuldige oder Werkzeuge jener Kreise, die in schmälicher Gewinnsucht ein Interesse an der Verlängerung des Krieges haben.

Sie richten an die Frauen und Männer der gegnerischen Staaten die Forderung, der Welt zu sagen, dass auch sie den Frieden wünschen, und dass es gegen ihren Willen geschieht, wenn ihre Regierungen noch länger den Fluch des Krieges über die Menschheit verhängen. Sie wenden sich endlich an die Regierungen und Völker der neutralen Staaten mit der Mahnung, sich ihrer Vermittlermission bewusst zu sein, und vor allem an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dessen Programm zum Weltfrieden sie aus vollem Herzen und tiefer Überzeugung zustimmen. Sie erblicken darin nicht nur das Ideal der Zukunft, sondern auch den bereits gangbaren Weg der Gegenwart, der zu einem baldigen dauernden Frieden führt, zu einem Frieden der Mässigung und Gerechtigkeit, einem Frieden ohne Annexionen und Demütigungen, ohne Sieger und Besiegte, einem Frieden, der durch den Abbau der Rüstungen, die Sicherung der Freiheit der Meere und der Freiheit der Völker allen gleiche Entwicklungsfreiheit gewährt, damit den Kulturfortschritt sichert und die Hoffnung gibt, dass der heisseste Wunsch aller Frauen und Mütter der Erde sich erfülle, nie mehr ein Kind, das sie in Schmerzen geboren, als Opfer des Krieges beweinen zu müssen.“